

Tim Scherer, M.A.

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-d6c2-370b-9274>

Der Traum von der ökologischen Demokratie – Bruchlinien einer politischen Synthetik

Ungeachtet schwankender Aufmerksamkeitskonjunkturen schreitet die globale Erwärmung mit beunruhigender Dynamik voran. Entgegen öffentlichkeitswirksam verlautbarter Selbstverpflichtungen und Betroffenheitsbekundungen auf internationalem Parkett, zeigen die globalen CO₂-Emissionen konstant in eine Richtung – nach oben.¹ Wie im Januar dieses Jahres vermeldet wurde, überschritt die weltweite Erwärmung 2024 erstmals seit Einsetzen der Industrialisierung die magische 1,5-Grad-Marke.² Gleichzeitig deutet sich an, dass in den nächsten Jahren die 2015 mit dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarte klimatische Haltelinie des 1,5-Grad-Ziels *dauerhaft* überschritten werden dürfte.³

Aus der Perspektive liberaler Demokratien zeitgenössischen Maßstabs ist und bleibt der Klimawandel ein brisantes und weiterhin ungelöstes Problem. Der Verweis auf den undemokratischen bis autoritären Charakter mancher Hochemittenten (siehe China) ändert nichts an dem Umstand, dass insbesondere demokratischen Systemen und Gesellschaften spezifische Eigenarten

inhärent sind, die einer erfolgreichen ökologischen Transformation im Weg stehen. Zudem beanspruchen liberale Demokratien gemäß ihres fortschrittlichen Selbstbildes eine Vorbildfunktion im Hinblick auf ökologische Zukunftsfähigkeit, an der sich andere Gesellschaftsformen orientieren sollen. In diesem Kontext ist ein verstärktes Problembewusstsein für die eigenen Strukturbrüche eine unverzichtbare Grundlage für das Formulieren zukunftstauglicher Konzepte der Nachhaltigkeit.

Frei oder nachhaltig, das ist hier die Frage

Es bildet ein unübersehbares, womöglich sogar das zentrale Dilemma, dass liberale Demokratien darüber debattieren, inwieweit die Freiheit zur individuellen Gestaltung des persönlichen Lebens noch geschützt werden kann, wenn im Zuge der Klimakrise unkontrollierbare Einwirkungen von außen eben diese Freiheiten bedrohen. Mehr noch: wie kann sie ihrem emanzipatorischen – und damit freiheitsbasierten – Selbstanspruch gerecht werden, wenn eine ernsthafte Behandlung des Klimaproblems

¹Vgl. Statista. (2025): Annual carbon dioxide (CO₂) emissions worldwide from 1940 to 2024. In: Statista. URL: <https://www-statista.com/statistics/276629/global-co2-emissions/?srsltid=AfmBOorf11W6z37fb2gNld1j6-bj6D93Fxf4fswuE6UEn5WJKOvMef-Nao> [05.11.2025].

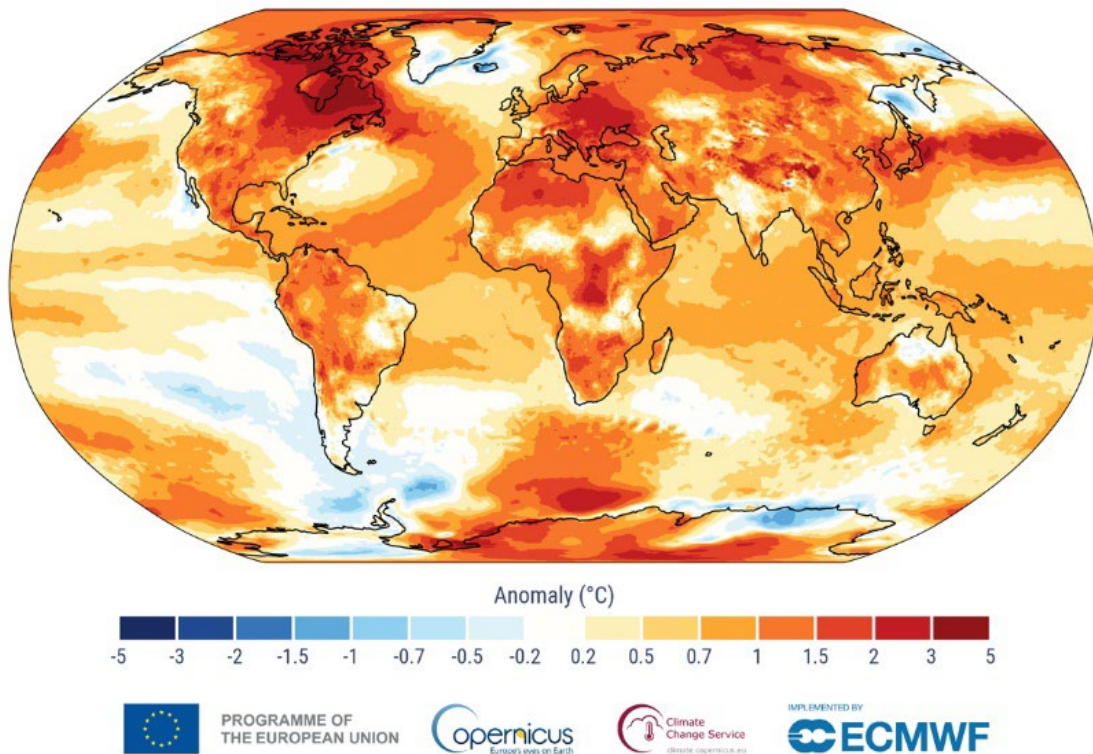
²Vgl. Bevacqua, E., Schleussner, C.-F. und Zscheischler, J. (2025): A year above 1,5 °C signals that earth is most probably within the 20-year period that will reach the Paris Agreement limit, in: Nature Climate Change 15(10), S. 262-265.

³Vgl. United Nations Environment Programme. (2025): Emission Gap Report 2025: Off target – Continued collective inaction puts global temperature goal at risk. Nairobi: Eigene Veröffentlichung.



Surface air temperature anomalies in 2024

Data: ERA5 • Reference period: 1991–2020 • Credit: C3S/ECMWF



Anomalien der Bodenlufttemperatur für 2024 im Vergleich zum Durchschnitt des Referenzzeitraums 1991-2020. (Quelle: ERA5. © C3S / ECMWF)

„die Unterordnung unter kategorische ökologische Notwendigkeiten“⁴ verlangt? Denn die Freiheit des Einzelnen ist unter den Bedingungen von Klimakrise und fortwährend voranschreitender kapitalistischer Aneignung und Auszehrung der Natur eine ökologisch schuldbeladene Kategorie. Liberale Demokratien sind *einerseits* auf partizipative Staatsbürger, sprich emanzipatorisch ausgerichtete Individuen angewiesen. *Andererseits* benötigen (und verlangen) diese nach ausreichend stabilisierten ökonomi-

schen Freiräumen, die sie erst zur fortlaufenden Mitwirkung am demokratischen Projekt praktisch wie ideell befähigen. Dabei ist es seit längerem hinlänglich bekannt, dass wirtschaftliche Expansion und Prosperität unvermeidbar mit natürlichen wie klimatischen Folgeschäden einhergehen.⁵ Vom heute als selbstverständlich wahrgenommenen Wohlstandsockel aus betrachtet, finden wenige Bürger ausreichend Motivation zur konstruktiven Beteiligung am demokratischen Gemeinwesen, wenn dieses die ihr abverlangten Freiräume selbst-

⁴ Blühdorn, I. (2024): Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp, S. 231.

⁵ Versuche der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen und/oder Umweltschäden erweisen sich bisher wahlweise als nicht oder kaum nachweisbar, zu langsam oder in ihrer Wirkung beschränkt. Vgl. dazu beispielhaft Infante-Amate, J., Travieso, E. und Aguilera, E. (2025): Green growth in the mirror of history, in: Nature Communications 16(1), 3766. sowie Vogel, J. und Hickel, J. (2023): Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂-GDP decoupling in high-income countries, in: The Lancet Planetary Health 7(9), e759-69.

bestimmter Lebensgestaltung droht einzuschränken. Stattdessen kann wachsende Reaktanz und Destruktivität in der politischen Auseinandersetzung über klimapolitische Anliegen beobachtet werden. Zugleich ist die Gewährung von autonomen Konsumpraktiken und generellen Entscheidungen über die Lebensführung aber im Interesse der Demokratie selbst. Die am stärksten demokratieaffinen Bevölkerungsgruppen gehören oft sozialen Segmenten an, welche über ein Niveau an Wohlstand verfügen, das meistens zusammen mit Lebensstilen auftritt, die wiederum alles andere als klimaschonend sind. Gleichzeitig sind es in aller Regel diese Milieus, aus denen Appelle für eine Zügelung der materiellen – und damit klimaschädlichen – Ansprüche zu hören sind, während ausgerechnet ärmere Schichten diese Vorschläge skeptisch bewerten, wenngleich sie selbst niedrigere CO₂-Emissionen zu verantworten haben.⁶

Demokratien scheitern an ihren eigenen Versprechen

Gewissermaßen würden liberale Demokratien sich somit ihrer eigenen Lebensgrundlage – soziale Freiräume, Wohlstand sowie den daran angehängten Partizipationschancen – entledigen, sollten sie ihre Prioritäten im Sinne der Klimarettung neu justieren. Berechtigt ist indes die Frage, wieso demokratische Ideale wie Freiheit, Diversi-

tät und Inklusivität zwangsläufig an verschwenderische und expansive Lebensstile oder Wirtschaftsformen gebunden sein sollten. Es müsse doch, so wird häufig argumentiert, möglich sein, „die demokratischen Ideale vor dem [...] Streben nach Beherrschung der Natur [...] [zu] retten.“⁷ So sei die Verquickung von wachstumsbasiertem Kapitalismus und liberaler Demokratie zwar etabliert und historisch gewachsen, aber keineswegs in Stein gemeißelt.⁸ Das Problem liege vielmehr in der strukturellen Eigenart des Kapitalismus, der „die Natur als ein Reich der Dinge betrachtet, die keinen Wert haben, sich aber unendlich selbst reproduzieren und allgemein zur Verarbeitung in der Warenproduktion zur Verfügung stehen.“⁹ Behauptet wird also die Möglichkeit einer sauberen Trennung zwischen dem Anwachsen liberal-demokratischer Freiheiten und CO₂-intensiven wirtschaftlichen Aktivitäten.

Dieser rhetorische Rettungsversuch des Traums einer ökologischen Demokratie hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. So konstatiert der Philosoph Jean-Claude Michéa, „dass diese zwei Parallelformen des Liberalismus [gesellschaftlich auf Freiheits-, ökonomisch auf Wirtschaftswachstum gepolt]¹⁰ meist nicht nur *in der Praxis* miteinander verknüpft sind.“ Weiterhin führt er aus, dass „die Mitglieder einer Gesellschaft nur dann friedlich miteinander auskommen [können], wenn die mit der Organisation des Miteinanders beauftragte

⁶ Vgl. Mau, S. (2024): Keine Zeit. Zum Verhältnis von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichem Wandel, in: Merkur 78(12), S. 5-23. Hier S. 20.

⁷ Mouffe, C. (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte. Berlin: Suhrkamp, S. 83.

⁸ Vgl. Mouffe, C. (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp, S. 59 f.

⁹ Vgl. Fraser, N. (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Berlin: Suhrkamp, S. 139-141.

¹⁰ Anm. des Autors.

Macht philosophisch neutral ist.“¹¹ Sprich: da liberale Demokratien gemäß ihres liberalen Elements niemanden in seiner „Privatautonomie“ beschneiden wollen¹², benötigen sie Instrumente, um die Diversität und Widersprüchlichkeit der vorhandenen Ansprüche in eine friedliche, konfliktfreie Form des Zusammenlebens überführen zu können. Ergo muss mittels wirtschaftlicher Prosperität – also unweigerlicher Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen – das inkrementelle Anwachsen der zu verteilenden Chancen auf Selbstverwirklichung bereitgestellt werden: „Es fällt [...] der Wirtschaft zu, uns glücklich, ja infolgedessen brüderlich und gut zu machen.“¹³

Fossile Stabilität oder nachhaltige Disruption?

Egal für welchen Weg sich die liberale Demokratie in ihrem Kampf gegen den Klimawandel entscheidet, sie läuft permanent Gefahr *entweder* ökologisch gelabelte Politiksimulationen ohne konkrete Wirkung zu betreiben *oder* gegen ihre eigenen normativen Maßstäbe zu verstoßen. Forciert sie wirksamen und somit unvermeidbar die Selbstentfaltungspraktiken der Bürger begrenzenden Klimaschutz, kommt ihr das

Ideal einer freien und vielfältigen Gesellschaft abhanden.¹⁴ Es ist jedenfalls nicht davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Bürger ein auf ein ökologisch erträgliches Maß reduziertes Leben in Enthaltbarkeit noch als freie Daseinsform empfinden würde. Bereits der Ursprungsentwurf des Gebäudeenergiegesetzes zur Förderung des Austauschs privater Heizsysteme von Ex-Wirtschaftsminister Habeck nährte Ängste vor einer „Öko-Diktatur“.¹⁵ Kaum auszumalen, welche Stimmungslagen kontemporäre Demokratien des globalen Nordens erfassen würden, wenn nun auch Urlaubsflüge, Auslandssemester, Fleischkonsum und Mobilität von politischer Seite in einer Konsequenz erschwert würden, die dem Problem des Klimawandels angemessen ist.¹⁶ Halten diese Gesellschaften hingegen am jetzigen Pfad der ökologischen Modernisierung und gesellschaftlichen Liberalität fest, so wäre dies eine kurzfristig gute Entscheidung für die demokratische Stabilität und langfristig eine schlechte Entscheidung für die Zukunft von Klima und Umwelt.¹⁷

In jedem Fall fällt es liberalen Demokratien zunehmend schwer – nicht nur in Fragen der Ökologie – „die politische Wirklich-

¹¹ Michéa, J.-C. (2014): Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft. Berlin: Matthes & Seitz, S. 32 f.

¹² Selk, V. (2024): Demokratische Malaise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27(13), S. 12-17. Hier S. 14.

¹³ Vgl. Michéa, J.-C. (2014): Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft. Berlin: Matthes & Seitz, S. 47 und 97.

¹⁴ Diese Einsicht widerspricht dem immer noch weit verbreiteten, aber im Kern unbegründeten Dogma, Demokratien hätten einen genuinen Vorteil bei der Lösung nachhaltigkeitsbezogener Problemlagen. Vgl. exemplarisch Helms, L. (2023): Nachhaltigkeit und Demokratie: Sieben Thesen zur demokratischen Zukunftsfähigkeit, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 51(4), S. 45-51. Hier S. 46.

¹⁵ Vgl. Schäfer, J. W. (2023): Top-Experte wirft Habeck „Öko-Diktatur“ vor. In: BILD Online. URL: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/heizungs-verbote-und-zwangssanierung-top-experte-wirft-habeck-oeko-diktatur-vor-83182848.bild.html> [06.11.2025].

¹⁶ Bei Adalbert Stifter heißt es bekanntermaßen: „Wie es mit dem Aufwärtssteigen des menschlichen Geschlechtes ist, so ist es auch mit dem Abwärtssteigen. Untergehenden Völkern verschwindet zuerst das Maß.“ Siehe Stifter, A. (1994 [1853]): Bunte Steine. Ein Festgeschenk. Ditzingen: Reclam, S. 13.

¹⁷ Vgl. dazu auch Hay, C. (1994): Environmental security and state legitimacy, in: Capitalism Nature Socialism 5(1), S. 83-97. Insbesondere S. 87-90.

keit“ „mit den demokratischen Glaubensartikeln in Einklang zu bringen.“¹⁸ Angesichts solch düsterer Prognosen hinsichtlich der Abwendung klimatischer Katastrophen, rücken in Politik und Wissenschaft Auseinandersetzungen mit Konzepten der *Klimaanpassung* zunehmend in den Fokus.¹⁹ Wenn ein partielles Aufgeben freiheitlicher Normen und Praktiken weder für die politische noch für die gesellschaftliche Ebene eine attraktive, geschweige denn mehrheitsfähige Option darstellt, sollten sich die Demokratien dieser Welt vermehrt damit beschäftigen, inwieweit sie sich zumindest effektiv gegen unabwendbare Krisen wappnen können.²⁰ Neue Schwerpunktsetzungen in Richtung Anpassungsmaßnahmen verfügen dabei über den Vorteil sozialer Verträglichkeit und können dazu beitragen, „dass sich [...] das Bewusstsein für die Bedeutung der Klimaproblematik bei den Menschen insgesamt erhöht und allmählich ein soziales Klima entsteht, das die Handlungsbereitschaft stärkt“²¹. Exemplarisch ginge es um „Gewässerregulierung

zur Vermeidung von Überschwemmungen, [...] die Umstellung der Wälder auf klimaanangepasste Baumbestände [oder] Stadtsanierung zur besseren Be- und Entlüftung der Wohnquartiere“, also Maßnahmen mit einem „greifbaren Nutzen“. ²² Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass die Kosten einer derartigen Stärkung der Resilienz öffentlicher Infrastruktur, anders als Reformen zur Verhinderung des Klimawandels, gleichsam von öffentlicher Seite getragen werden müsste.²³ Entsprechend offenbart sich der politische Charakter einer Anpassung priorisierenden Agenda. Sollten politische Kräfte willens und fähig sein, diese Alternativen programmatisch einzugliedern und in den demokratischen Diskurs einzuspeisen, könnten soziale Aushandlungsprozesse im Kontext von Klimaanpassung neue Energien für eine ökologische Transformation freisetzen.²⁴ Im Falle eines fortgesetzten Scheiterns stünden so wenigstens die erforderlichen Infrastrukturen bereit, um die schlimmsten Folgen eskalierender Krisenkaskaden zu absorbieren.

¹⁸ Selk, V. (2024): Demokratische Malaise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27(13), S. 12-17. Hier S. 14.

¹⁹ Vgl. Leiter, T. (2024): Globale Ziele für Klimaanpassung: Vom Völkerrecht zur Umsetzung, in: *Zeitschrift für materielles und prozessuales Klimarecht* 3(6), S. 164-166. sowie Staab, P. und Sorg, C. (2025): The rise of digital eco-technocracy: Ecological crisis, digital innovation and legitimacy in the adaptive society, in: *European Journal of Social Theory* 28(4), S. 605-624.

²⁰ Was *Klimaschutz* weder ausschließt, noch seine Notwendigkeit bestreitet.

²¹ Beckert, J. (2024): *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Berlin: Suhrkamp, S. 189.

²² Streeck, W. (2024): Dieser Weg wird kein leichter sein. Kommentar zu „Verkaufte Vernunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht“ von Jens Beckert, in: *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. URL: <https://www.sozipolis.de/dieser-weg-wird-kein-leichter-sein.html> [02.12.2025].

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. dazu auch Scherer, T. (2025): Klimaschutz und soziale Prekarität. Anpassung als politischer „Schleichweg“ zur ökologischen Wende, in: *forschung.praxis.dialog* 2(1), S. 35-37.